

# Wenn's um Geld geht

Die „Leipziger Volkszeitung“ im Streit mit der örtlichen Sparkasse und angesehenen Professoren – ein Fallbeispiel aus Sachsen

Der Leipziger Medienpreis ist erst fünf Jahre alt – und schon weithin bekannt. Viele Prominente der journalistischen Zunft haben den *Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien* erhalten, etwa Enthüllungsreporter Seymour Hersh.

Jüngst hat sich auch die *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) mit Recherchen hervorgerufen: Sie kümmerte sich um vermeintliche Fehlplanungen und Vetternwirtschaft in der Stadt. Doch das trug dem Blatt keine Nominierung durch die Medienstiftung der Sparkasse ein, die den Preis bezahlt und verleiht. Vielmehr warfen gleich sieben Leipziger Professoren dem Chefredakteur Bernd Hilder per Offenem Brief „Kampagnenjournalismus“ vor. Die Hochschullehrer – unter ihnen Journalistik-Professor Michael Haller und PR-Forscher Günter Bentele – schrieben, Hilder wolle der Medienstiftung „gezielt und absichtsvoll“ schaden. Die LVZ berichte „in wesentlichen Punkten entstellend und zum Teil falsch“. Sie tue „dies dem Anschein nach wider besseres Wissen“ und missachte „Grundsätze der journalistischen Sorgfaltspflichten wie der publizistischen Ethik“.

Was ist los in Leipzig? Offenkundig gibt es schwere Störungen im System der üblichen lokalen Machtgrößen – also zwischen Rathaus, der öffentlichen Sparkas-

se und der Monopolzeitung. Ein heftiger Stellungskrieg hat die auch andernorts oft zu beobachtende, gut eingeschlossene Kollaboration abgelöst.

Bei den Artikeln der LVZ geht es immer wieder um Grundstücksgeschäfte: Peter Krakow, Sparkassenchef und Vorstand der Medienstiftung, soll einen Golfpartner und Bauunternehmer bevorzugen haben. Die Stiftung der Bank errichtet einen *Mediencampus* für das „Masterprogramm Medien Leipzig“, ein Studiengang zur Weiterbildung, an dem die Universität Leipzig beteiligt ist. Offenbar empfand die LVZ das ganze Terrain der Sparkasse als zunehmend suspekt – und schrieb sich in eine Wut hinein. Zur Grundsteinlegung des *Mediencampus* im Juli 2005 hatte die LVZ selbst von „4,3 Millionen Euro reiner Baukosten“ geschrieben – ein Jahr später, nach einer Reihe von Enthüllungsgeschichten, wunderte sich die Zeitung „plötzlich“ über die von 1,5 Millionen auf über vier Millionen Euro gestiegenen Investitionen.

Chefredakteur Hilder kann die anschwellige Kritik nicht verstehen. „Es wird pauschal behauptet, unsere Berichterstattung sei falsch – ohne das im Einzelnen zu beweisen“, sagt er zum Brief der sieben Wissenschaftler. Rechtlich habe er sich nichts vorzuwerfen: „Unsere Re-

dakteure haben hier journalistisch korrekt gearbeitet.“ Zweifel äußert er allein an der Glaubwürdigkeit der Professoren: „Einige von denen ziehen für ihre Arbeit Vorteile aus der Stiftung.“

Was die LVZ nicht schreibt: Ihr Chefredakteur selbst sitzt im Rat der Sparkassen-Medienstiftung. Dort soll er die Arbeit des Vorstands überwachen und Schaden von der Stiftung abwenden – als Journalist aber hat er öffentlich aufzuklären, ohne Rücksicht auf Interessen Einzelner. „Ich sehe darin keine Interessenkollision, weil ich diese Dinge sauber voneinander trenne“, sagt Hilder. Die Informationen, die die LVZ über die Medienstiftung ausbreitete, kämen nicht von ihm. Auch seien andere Journalisten in dem Kontrollgremium vertreten.

Stephan Seeger, Geschäftsführer der Stiftung, sieht die Dinge nicht so einfach. Statt des einst geplanten schlichten Tagungsbaus entstehe nun ein technisch hochgerüsteter Komplex. So erkläre sich der früh bekannte Kostensprung – „das weiß auch Herr Hilder“. Und: Die LVZ zitiere zwar aus einem Gutachten von Wirtschaftsprüfern, aber nur aus der dritten von fünf Versionen.

„Investigatives Vorgehen ist in Ordnung“, erklärt Hartwig Hochstein, Vorstand der Medienstiftung, es müsse aber



LVZ-Chef Hilder: „Korrekte Arbeit“. Foto: picture-alliance

„journalistisch-handwerklich korrekt sein“. Entlastende Aspekte dürfe man nicht als reine Behauptung der Stiftung abtun. Hochstein war pikanterweise vor Hilder Chefredakteur der LVZ, die Axel Springer und der Madsack-Gruppe gehört. In Hochsteins Ära galt die LVZ eher als Mitteilungsblatt des damaligen Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee (SPD). Nach der Wende entstand an der

Pleife das „Leipziger Modell“ – eine pragmatische Politik über Parteigrenzen hinweg. Neu-Leipziger Hilder, der für die ARD in Mexiko und beim *Göttinger Tageblatt* arbeitete, soll vom „System Tiefensee“ gesprochen haben, das er „zerstören“ wolle. Er selbst weist diese Darstellung zurück. Dagegen sagt Seeger: „Ich hab's definitiv aus der Redaktion.“

Eigentlich wollten LVZ und Sparkasse am 3. Juli, nach Monaten des Schweigens, wieder miteinander reden. Doch dann dröselte die Zeitung tags zuvor die Affäre noch mal auf – und Bankchef Krakow ließ das vereinbarte Interview platzen. Was der LVZ 114 Zeilen wert war.

Gegen Behauptungen in den Artikeln vom 1. und 2. Juli wehrte sich die Stiftung per Pressemitteilung. Zur Gegendarstellung kam es bislang nicht: Vorstand Hochstein hätte sonst gegen seine alte Zeitung unterschreiben müssen. Sein LVZ-Nachfolger Hilder dagegen glaubt, die Sparkasse könne gegen die Berichte nichts einwenden und übe daher anders Druck aus: „Es werden praktisch keine Anzeigen mehr geschaltet.“

Am vorigen Donnerstag trafen sich die Chefs von Stiftung und Zeitung zum Friedensgipfel. Hilder war danach weniger mitteilungsfreudig: Das Gespräch sei „intern“ gewesen. INGO SALMEN